

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Anlauf in die Zukunft: „ Die neue Meister-Lehrling-Verordnung“ muss abgeschafft werden!

35 Jahre lang agiert die islamische Regierung Irans mit doppeltem Einsatz, um die Gesellschaft mit der Stütze „himmlischer Segnungen“ in die Dekadenz zu versetzen.

Trotz jahrelangem Streben der Regierung auf Basis der Scharia, ist es ihr nicht gelungen, die iranische Gesellschaft im 20. Jahrhundert in das Zeitalter des anfänglichen Islams und des Hirtentums zu versetzen. Nichtsdestotrotz ist man Zeuge eines permanenten Widerstandes der Arbeiterschicht, der Frauen und all der Freidenker der Gesellschaft, deren Belange in dieser archaischen Regierung unbeantwortet geblieben sind.

6 Jahrhunderte vergehen seit der Entdeckung kapitalistischer Produktionsweise, dabei hat sie sich in alle Bereiche des sozialen Lebens hineingeschlichen, sogar auf den entferntesten Flecken der Erde. Nach mehreren großen sozialen Revolutionen und zwei Weltkriegen und... schwebt der

Kapitalismus seit fast drei Jahrzehnten in einer Krise.

Die islamische Regierung Irans hat durch die Ausführung der neuen Meister-Lehrling-Verordnung einen weiteren Meilenstein der Degeneration geschaffen. Diese Verordnung, die in der Amtszeit von Ahmadinejad erlassen wurde, führt Verhältnisse aus der Zeit der „Manufaktur“ in das Berufsausbildungssystem ein.

1390 (2011) wurde eine Verordnung mit 14 Artikeln und einer Präambel durch das Ministerium für „Arbeit und Soziales“ vorgeschlagen. Sie trug den Titel „Die neue Meister-Lehrling-Verordnung“ und sollte zum Zwecke der Regenerierung und Stabilisierung von Gewerbe und Handwerk vor allem im traditionellen und häuslichen Bereich unter Heranziehung des privaten Sektors sein.

Die Verordnung wurde am 10.06.1391 (01. September 2012) durch die Regierung Ahmadinejads erlassen und vorläufig zur Probe in einigen Städten ausgeführt.

Die primitive neue Meister-Lehrling-Verordnung, die mit Kalkül in der Amtszeit von Ahmadinejad in einigen Städten auf Probe ausgeführt wurde, gelang nach dem Regierungswechsel allmählich in Vergessenheit. Doch durch die Verkündung der neuen Regierung der „Besonnenheit und Hoffnung“ von Herrn Rohani, die Verordnung landesweit auszuführen, hat der Widerstand der Arbeiterschicht Irans und der Arbeiterorganisationen einen neuen Höhepunkt erreicht. Sogar die „Gemeinschaft der Vertreter iranischer Arbeiter“, die eigentlich keine Arbeitergewerkschaft und ein Konstrukt des Flügels von Ahmadinejad ist um die

Organisation „Haus der Arbeiter“-eine weitere Scheinorganisation die nach der Revolution durch den Flügel von Rafsanjani und der Reformer gegründet wurde-zu unterdrücken, und selbst einer der Befürworter der neuen Verordnung waren, sitzen nun im Gegenlager.

Die Arbeiterschicht Irans und deren Vorstand werden wie im Jahr 1388 (2008)-wo es zu Straßenprotesten und Auseinandersetzungen mit Regierungsanhängern kam-es nicht zulassen, dass gewisse Scheingewerkschaften und Scheinorganisationen der Regierung und Kompradoren, den Widerstand pervertieren. Deshalb wird die Arbeiterschicht Irans durch Wahrung ihrer Unabhängigkeit gegen die Befürworter und Urheber der „Meister-Lehrling Verordnung“ vorgehen und deren Intrigen enthüllen.

Die Verordnung ist weder mit Einbeziehung der Arbeiterorganisationen, noch der vom regimeabhängigen Scheinorganisationen-die seit 35 Jahren nur die Hinderung der Verwirklichung von Zielen der Arbeiterorganisationen bestrebt haben-beschlossen worden.

Die Verordnung besagt folgendes:

Die Ausbildung von Arbeitskräften wird komplett aus dem Programm des Staates gestrichen, und die, seit Ende der Pehlavi Regime eingegliederten Bildungsanstalten und Berufsschulen werden komplett abgeschafft und stufenweise geschlossen.

Gemäß der „Meister-Lehrling-Verordnung“ muss die auszubildende Person zwei Jahre unentgeltlich bei einem Meister das Handwerk zu lernen. Weder der Staat, noch der Handwerkmeister haben Versicherungskosten zu tragen. Im Falle einer Krankheit des Auszubildenden hat also weder Staat noch der Meister die Kosten zu tragen - zu Lasten des Lehrlings. Eine staatliche Versicherung für den Auszubildenden besteht nur bei Arbeitsunfällen während der Ausbildungszeit am Ausbildungsort. Jedoch lässt eine solche staatliche

Versicherung im Iran allerlei Zweifel übrig!

Wenn zuvor ein Jugendlicher aus irgendwelchen Gründen nicht die Möglichkeit hatte, ein reguläres Studium aufzunehmen, konnte dieser sich bei einer Ausbildungsstätte anmelden und das Studium auf diesem Weg fortsetzen, und sich mit dem Erlernen eines Handwerks, stabilere Zukunftsaussichten verschaffen. Doch mit der „Meister-Lehrling-Verordnung“ besteht kein reguläres Studium für den Auszubildenden, zudem trägt keine Institution die Verantwortung für den Auszubildenden.

Diese Verordnung ist nichts Weiteres als eine zügellose Ausbeutung der Arbeitssuchenden und arbeitsfähigen Jugendlichen. Zudem ist das Alter für die Aufnahme einer solchen Ausbildung ohne jegliche Bedenken auf 15 gesetzt worden. Dabei wird dem Handwerkmeister hinsichtlich der Arbeitszeiten des Lehrlings - wie in Zeiten der Manufaktur - freie Hand gegeben.

Schließlich steht fest, dass die „Meister-Lehrling-Verordnung“ weder in ihrem Entstehungsverfahren in formeller Hinsicht noch in materieller Hinsicht rechtmäßig ist, und Widersprüche zu den fundamentalen Begriffen des Arbeitsrechts, für die die islamische Regierung Iran alljährlich vor der Internationalen Arbeitsorganisation plädiert, zeigt. Die Verordnung ist ein grober Verstoß gegen das Arbeitsrecht im Iran (was durch die Regierenden selbst einst verabschiedet worden war) und versetzt die Ausbildung in den vorkapitalistischen Produktionszustand der Manufakten, um so die Arbeiter absolut zu versklaven.

Für die Aufhebung dieser Verordnung haben sich die unabhängigen Arbeiterorganisationen zusammengetan. Es obliegt uns, mit einheitlicher Stimme weltweit vorzugehen. Denn die Erlangung des Arbeiterrechts, egal wo auf der Welt, ist nicht nur unser gemeinsames Streben, sondern auch der Weg zu unserem Sieg

und der weltweiten Durchsetzung der Belange der Arbeiterschicht. Deshalb müssen alle Arbeiterorganisationen, auch auf internationaler Ebene die „Neue Meister-Lehrling-Verordnung“ der primitiven islamischen Republik Iran aufdecken.



300 Arbeiter der Stahlbetrieb in Ardebil ohne Lohn!

Der Ardebile Stahlfirma ist eine der wichtigste Industriestandorte der Region, die noch in drei Schichten produziert, allerdings zahlt seit 4 Monaten ihre Arbeiter nicht . gegenwärtig hat die Firma über 10 Milliarden Rial (umgerechnet Ca, 240.000,- Euro) Schulden bei den eigenen Beschäftigten. Die Arbeiterhaben nur ein Teil ihre Löhne bekommen, aber die Arbeit -und Krankenversicherung der letzten neun Monaten wurde von der Firma nicht übernommen. Allein in diesem Jahr konnten 21 Arbeiter, die krankheitsbedingt stationär behandelt wurden, die Krankenhauskosten nicht bezahlen.



IUF fordert die Rückkehr der Syndikatsführer in Haft

Tapeh!

Die Welt Föderation der Landwirtschaftsarbeiter Hotel und

Gastronomie hat in einem Schreiben an die iranische Regierung, sie gefordert, die Vorstandmitglieder der Syndikat in der Industriestadt Haft Tapeh zur ihrer Arbeitsstellen zurückkommen zu lassen.. IUF ist ein Verbund aus den 388 Gewerkschaften der Nahrung, Gastronomie Und Tabakindustrie und weltweit aus über 260000 Mitglieder besteht.

cms.iuf.org



Kampf der Zagros Stahlarbeiter !

211 Arbeiter der Stahlfabrik sind seit 29 Juni dieses Jahres entlassen worden und haben sie seit Anfang des Jahres kein Lohn mehr bekommen. Manche von ihnen sind über 15 Jahren in diesem Werk beschäftigt. Obwohl der Arbeitsausschuss des iranischen Parlaments und das Arbeitsgericht der Stadt Ghorweh die Entlassung der Arbeiter als gesetzeswidrig erklärte , verhindert der Arbeitgeber nach wie vor, dass die Arbeiter zur ihrem Arbeitsplatz zurückzukehren. Merkwürdigerweise ist das Arbeitsamt der Region eine der wichtigsten Teilhaber dieses Betriebs. Das Arbeitsamt und der Geschäftsführer der Firma weigern sich die Forderungen der Arbeiter nachzugehen. Die wütenden Arbeiter haben bisher mehrmals vor dem Parlament und das Gebäude des Arbeitsministeriums in der Hauptstadt Teheran Protestaktionen veranstaltet. Auf der Versammlung der Arbeiter lassen sich hin und wieder die zuständigen des Ministeriums blicken und versprechen die Anliegen der Beschäftigte zu bearbeiten. Allerdings bleiben diese Versprechungen bisher nur Lippenbekenntnisse. Nach zahlreichen Versammlungen und Protestaktionen

erhielten die Arbeiter nur ein geringeres Teil ihrer Forderungen und zwar nur drei Monate Lohnauszahlung. Jedoch für diese Zeit keine wurde gesetzlichen Renten und Krankenversicherung an den öffentlichen Kassen überwiesen.



Wafa Ghaderi
der Mitglied der

Koordinationskomitee zur Gründung der unabhängigen Arbeitervereine in der Stadt Sanandadj ist zu fünf Monate Gefängnis verurteilt worden. Zwei weitere Mitglieder dieser Komitee, Khaled und Ghaleb Hosseini sind ebenso zur Freiheitsstrafen verurteilt worden. Hadi Tanumand, Jamal Minaschiri, Ebrahim Mostafapur, Ghassem Mostafapur und Mohamd Karimi sind weitere Arbeiteraktivisten die nach einer kurzen Anhörung noch auf ihren Prozess warten.



Entlassungswelle in der Pars Jonub Projekt 27.07.1392

In den letzten 45 Tagen hat sich eine Entlassungswelle in den 13-14 und 24 -25 Projekten der Pars Jonub zu einer starken Entlassungswelle gekommen, in deren Folge über 3000 Arbeiter ihre Job verloren haben. Viele bereits begonnen Projekte sind stillgelegt worden. Diese Schließung der Betriebe sind auf zwei Gründen zurückzuführen. Zu einem ist eine

unmittelbare Folge der sogenannte Neoliberalismus, die im Zuge der Privatisierungspolitik der Staat. Auf der andren Seite wird bei der Einstellung der Beschäftigten sowie der Fachkräfte die ideologische Weltanschauung der Menschen gefragt und berücksichtigt. So werden die Fachkräfte, die den Vorstellungen der Regierung und sogenannten islamischen Werten offensichtlich nicht entsprechen, finden keinen Platz in staatlichen Betrieben. Hinzu kommt die Vetternwirtschaft und Korruption. Viele lukrative Projekte werden nur an Regierungstreue Unternehmer, die durch Beziehung millionenteure Aufträge bekommen, gegeben. Unter dem Aufwand Arbeitsplätze schaffen und das Land aufbauen bekommen sie Millionen Geld von stattlichen Zuschüsse, die in der ersten Linie auf ihren eigenen ihren Bankkonten landen. Selbst unter der verschärften Wirtschaftsembargo schließen sie die Betriebe schaffen sie das Geld nach Ausland. Was mit dem Leben von Arbeitern und ihren Familien passiert, interessiert den Herren nicht.

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de